

20.52

Abgeordneter Alois Stöger, diplômé (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Herr Staatssekretär! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor 150 Jahren hat sich in Österreich eine Bürgerinitiative gegründet, die Bürgerinitiative der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung. Diese Menschen haben dafür gesorgt, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen besser werden. Sie haben sich zu Betriebskrankenkassen, zu Ortskrankenkassen zusammengeschlossen. Sie haben 1888 vom Kaiser das Recht erhalten, eine Krankenkasse zu bilden und Beiträge für Vorsorge, für die Zukunft, wenn Menschen in der Arbeit krank werden, zusammenzulegen, damit sie nicht betteln gehen müssen. Das war die erfolgreichste Bürgerinitiative Europas. Die Menschen, die sich damals zusammengesetzt haben, die für ihre Lebensbedingungen eingetreten sind, haben es geschafft, Europa zu dem zu machen, was es heute ist. Wir haben ein modernes Sozialsystem, wir haben ein modernes Gesundheitssystem, und wir haben ein modernes Pensionssystem. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wie will diese Bundesregierung dieser Bürgerinitiative, die 150 Jahre alt ist, schaden? – Erstens, indem man einen Antrag einbringt und ihn im falschen Ausschuss behandelt. Wenn es um Fragen der Prüfung von lohnabhängigen Abgaben für die Sozialversicherung geht, ist das eine Angelegenheit der Sozialversicherung, und die haben wir bisher im Sozialausschuss behandelt.

Es geht auch darum, dass Beiträge für die Finanzierung der Krankenanstalten, für die Finanzierung der Pensionen, für die Finanzierung der ärztlichen Versorgung sichergestellt werden. (*Abg. Winzig: Was hat das mit der Prüfung zu tun?*)

Was hier gemacht wird, ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Viele Verfassungsjuristen sagen, es ist verfassungswidrig. Die Prüfer in der Krankenversicherung haben immer dafür Sorge getragen, dass bei Menschen, die Lohnansprüche haben, geprüft wird und dass der Lohnanspruch, den die Menschen haben, auch durchgesetzt wird. Daher herrscht bei Finanzprüfern und Gebietskrankenkassaprüfern eine unterschiedliche Kultur. (*Abg. Winzig: Das ist schon kleingeistig!*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie dieses Gesetz heute beschließen, beschließen Sie gleichzeitig, dass weniger Geld für Pensionen zur Verfügung steht, dass weniger Geld für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung steht. (*Abg. Winzig: Was stört Sie jetzt? Dass da falsch geprüft wird, unterstellen Sie falsche Prüfungen?!*) Sie beschließen auch, dass die Gemeinden weniger Geld zur Verfügung haben, weil vor allem die Mittel der Krankenversicherung, die nicht hereinkommen, dann die Gemeinden zu tragen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzorganisation hat in den letzten zehn Jahren durch ihre Beitragsprüfung um 759 Millionen Euro weniger hereingebracht als die Sozialversicherungen. Daher lehne ich dieses Gesetz ab. Stimmen Sie dem nicht zu! (*Beifall bei der SPÖ.*)

20.56

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Karl-heinz Kopf. – Bitte.